

Michael Brie

Jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners

Eine linke Politik für die Mitte

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertritt eher linke Grundüberzeugungen in Fragen wie der der Gestaltung von Wirtschaft und Sozialpolitik, in Steuerfragen oder auch einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft. Und doch wird die Bundesrepublik in der heftigsten Wirtschaftskrise seit 1929 durch eine schwarz-gelbe Koalition regiert. Die gesellschaftliche Mitte ist viel linker als alle Regierungen, die die Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre regieren. Aber seit vielen Jahren gibt es keine Regierung, die diesen Mehrheiten gerecht werden würde. Spätestens 2013 stellt sich die Frage, ob es eine Möglichkeit geben wird, nicht nur links zu wählen, sondern auch linke Politik zu bekommen. Diese Möglichkeit aber ist nicht da, sie müsste geschaffen werden.

Michael Brie

(* 1954) ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

brie@rosalux.de



Ohne die Möglichkeit eines breiteren linken Regierungsbündnisses auf Bundesebene ist die SPD dazu verdammt, Oppositionspartei zu bleiben oder sich als Juniorpartner von CDU/CSU wiederzufinden, und die Grünen werden in den schwarzen Apfel beißen müssen, den sie 2008 und 2009 schon in Hamburg und im Saarland gewählt haben. Die Partei *Die Linke* hätte sich in ihrer Protestrolle einzuordnen.

Für viele links wählende Bürgerinnen und Bürger oder für jene, die mit linken Überzeugungen der Wahl absichtsvoll fern bleiben, für Gewerkschaften und soziale Bewegungen ist dies kein guter Zustand. Sie fragen immer drängender nach einer wählbaren linken Regierungsalternative. Ohne die Aussicht auf eine andere Politik

bleiben zu viele Kämpfe und Auseinandersetzungen bloße Verteidigung des Status quo. Sie sind berechtigt und wirken zugleich strukturkonservativ. Zukunft findet so nicht statt, und die Linke erscheint als Verteidiger einer (besseren?) Vergangenheit. Neben der Auseinandersetzung zwischen SPD, Grünen und Linkspartei steht deshalb genauso dringend die Frage, ob sie sich auch zusammensetzen könnten. Aber gibt es dafür überhaupt eine Grundlage?

Es wäre verführerisch einfach, schlicht die »Schnittmenge« zwischen SPD, Grünen und Linkspartei zu ermitteln und sich auf ein Regierungsprogramm des kleinsten gemeinsamen Nenners festzulegen. Voraussetzungen dafür gibt es. Sozialdemokratische Forderungen wie die nach einem flächendeckenden Mindestlohn, Stärkung der Kommunal Finanzen, Vermögensabgabe, Primat der Gemeinschaftsschule mit maximal 25 Kindern in der Klasse, Stärkung der Mitbestimmung, Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und des Gütertransports auf der Schiene, Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer, finden sich auch unter den zehn Grundpositionen, auf die Oskar

Lafontaine bei seiner Neujahrspressekonferenz 2010 die Partei *Die Linke* festlegte. Nicht wenige dieser Positionen sind gleichfalls in Wahlplattformen der Grünen zu finden. Ein Stopp weiterer Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge bis hin zur Deutschen Bahn sowie der Systeme sozialer Sicherheit ist auch weitgehend Konsens. Die Kopfpauschale im Gesundheitswesen wird abgelehnt. Nimmt man dann noch den Abzug deutscher Kampftruppen aus Afghanistan hinzu, so scheinen fast alle Hindernisse beseitigt. Umstritten sind die Hartz-IV-Reformen, aber auch hier scheint die Möglichkeit zu bestehen, zumindest für jene, die längere Zeit erwerbstätig waren, den Absturz in die Verarmung durch eine lebensstandardsichernde Form von Arbeitslosengeld und eine sehr intensive Form dauerhafter öffentlich geförderter Beschäftigung zu verhindern. Würden Schritte der Abrüstung und des Einsatzes für ein gesamteuropäisches System der Sicherheit unter Einschluss Russlands gegangen, könnte auch das Problem verringert werden, das sich aus der Anti-Nato-Haltung der Linkspartei ergibt, die keine Grundlage mehr für dieses »Verteidigungsbündnis« des Kalten Krieges erkennen kann.

Mehr als bloße Schnittmengen

Das Auffinden von formalen oder realen Gemeinsamkeiten und die Zurückstellung von Differenzen reichen aber nicht aus. All dies wäre ein Programm, das die Addition aller jener Einzelprojekte darstellen würde, die die jeweiligen Parteien gegenwärtig vertreten, und denen von Seiten der anderen kein Veto entgegensteht. Ein solches Rot-Grün-Rotes Koalitionsvorhaben wäre rein instrumentell gedacht. Es würde als bloßes »Office-Seeking« der jeweiligen Parteioberen, als deren Sprungbrett in Ministersessel angesehen werden. Die auseinanderstrebenden Dynamiken von SPD, Grünen und Linkspartei würden, ähnlich wie die gegen-

wärtig zwischen CDU, CSU und FDP, die Regierung ständig bedrohen. Klientelpolitik und Basta-Rufe würden vor einer Politik für breite linke Mehrheiten stehen. Und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ständen am Ende einer solchen Koalition die Beteiligten endgültig vor den Trümmern der deutschen Linken, aus denen sie nicht so schnell wieder auferstehen würde. Die Erfahrungen aus Italien, Frankreich oder Polen sollten nicht vergessen sein.

Vielleicht ist der »Realismus« des kleinsten gemeinsamen Nenners schon deshalb so unrealistisch, weil sein Kleinmut, seine bornierte Fixierung auf den Status quo der jeweiligen Parteien keinerlei Botschaft an die linken »Schläfer« im Land enthält, die diese aufwecken, motivieren und auf längere Dauer an eine linke Regierung

binden würde. Die Summe von mehr oder minder linken Wahlstimmen (bzw. linken Nichtwählern) jedenfalls gibt keinesfalls im Selbstlauf ein linkes Regierungsganzes. Mehrheiten, die diesen Namen verdienen, so Gabriel auf dem letzten SPD-Parteitag in Erinnerung an Willy Brandt, gibt es nicht, sie müssen geschaffen – und erhalten! – werden. Dies aber verlangt mehr als die Beherrschung der Grundrechenarten, oder mit Ernst Bloch gesprochen, nun muss Schach statt Mühle gespielt werden.

Antonio Gramsci, der im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht nur mit größter Aufmerksamkeit den Aufstieg des Faschismus, die ausbleibende Ausdehnung des sowjetischen Modells in Mitteleuropa, sondern auch den Siegeszug des »Amerikanismus« und »Fordismus« beobachtete, schrieb in seinen berühmten »Gefängnisheften«, dass eine gesellschaftliche Formation von Akteuren nur dann historisch progressiv sei, wenn sie über »geschichtliche Produktivität« verfüge. Dazu müsse sie ein konkretes »politisch-ökonomisches Regime« durchzusetzen suchen, das drei Aufgaben zugleich erfüllen müsse: Erstens habe es »existentiellen Erfordernissen« besser als andere konkurrierende politisch-ökonomische Regimes zu genügen. Zweitens müsse es den »Führungskräften« dieses politisch-ökonomischen Regimes neue produktive Tätigkeitsbereiche erschließen und drittens attraktive Lebensperspektiven anbieten für jene, die es unterstützen. Es geht um Zukunft, gesellschaftlich wie individuell. Und – so sei viertens hinzugefügt – ein linkes Projekt kann nur dann bestehen, wenn es nicht nur innovativ ist, sondern eben auch gerecht. Es muss ein Mitte-Unten-Bündnis schmieden, einen Gesellschaftsvertrag zwischen den neuen kulturellen Mittelschichten, den Lohnabhängigen in bedrohten Sektoren zu denjenigen, die jetzt zu Leiharbeit, Niedriglohn, Ein-Euro-Jobs verdammt sind oder sich schon fast verabschiedet haben aus der Gesellschaft. Ohne die Gewinnung gerade dieser

Gruppen gibt es weder ein der Sache nach linkes noch ein politisch stabiles Projekt, das SPD, Grüne und Linkspartei tragen würde. Es geht um die produktive Erneuerung des sozialen Zusammenhalts. Das Dilemma der Schröder-Regierung nach Verkündung der Agenda 2010, die größere Teile der Bevölkerung als Angriff auf sich sahen, sollte nicht vergessen sein.

Projekt Sozial-Ökologischer Umbau

Die drei genannten Parteien verbinden von ihren Kernwählerschichten die wichtigsten soziokulturellen Komponenten eines linken Fortschrittsprojekts: der Lohnabhängigen aus den Kernsektoren der deutschen Wirtschaft, der Angestellten gerade auch im öffentlichen Dienst, der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und aus den postindustriellen Mittelschichten genauso wie der Rentnerinnen und Rentner, der unteren Milieus der Lohnarbeiter und Arbeitslosen. Aber welches Projekt kann derart unterschiedliche Gruppen verbinden, ihre Interessen bündeln und einen wirklichen Aufbruch erzeugen, mit dem sie alle »große Erwartungen« verbinden würden?

Die wichtigste mögliche Klammer eines innovativ auf Zukunft gerichteten Projekts neuer Solidarität und Gerechtigkeit ist ein Programm des sozialökologischen Umbaus. Den Werten individueller Freiheit, sozialer Gleichheit und Solidarität verpflichtet würde ein Doppelprozess eingeleitet, in dem die soziale Integration und Naturerhaltung im Zentrum stehen. Für die zweite Seite dieses Prozesses steht nur noch ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung. Das macht ein linkes Regierungsbündnis, das die Freiheit der Einzelnen mit der Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen aller verbindet, so dringlich.

Der sozialökologische Umbau würde aktive Strukturpolitik und massive Stärkung einer Binnennachfrage der unteren Gruppen durch ökologische Erneuerung

und den Ausbau hochqualifizierter öffentlicher Dienstleistungen verlangen. Das Bildungssystem, der Arbeitsmarkt, die Betriebe selbst und die sozialen Sicherungssysteme würden so ihre integrative gesellschaftliche Funktion wieder gewinnen und Aufstieg ermöglichen. Eine Demokratie aktiver Teilhaber in den Kommunen und Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen könnte wesentliche Triebkräfte freisetzen. Die Finanzierung verlangt unter anderem auch, dass die übermäßigen Gewinner der Vermögenseigentümer aus zwanzig Jahren Umverteilung nach oben völlig legitim zur Kasse gebeten und hohe Einkommen auch deutlich höher besteuert bzw. in den sozialen Sicherungssystemen stärker belastet werden. Daran kommt keine linke Regierung vorbei. Ein solches Umsteuern würde zugleich den deutschen Exportüberschuss abbauen, zur sozialen Gestaltung der EU beitragen und Chancen einer solidarischen Entwicklungspolitik in sich tragen. Die Dynamik dieses Projekts erst wür-

de die soziale, kulturelle und dann auch durch einen neuen (anderen) Wachstumsschub die ökonomische Basis für eine langfristige linke Hegemonie schaffen.

Damit dies wirklich werden kann, ist Demokratisierung der Demokratie notwendig. Und die Vorbereitung eines linken Regierungsprojekts wäre selbst vor allem als demokratisches Projekt zu verstehen – als Einleitung eines umfassenden Dialogs ganz im Sinne von Generalständen oder wirklichen Volksversammlungen und sei es über das Internet. Jahrzehntelang wurde Politik für und auch gegen große Teile der Bürgerinnen und Bürger gemacht. Die Entfremdung ist auf beiden Seiten ungeheuer groß. Weder sozial, noch politisch oder kulturell haben die herrschenden Eliten mit dem übergroßen Rest noch viel gemeinsam. Demokratie erwuchs historisch aus dem offenen Dialog gleichberechtigter Bürger. Und dort muss sie wieder neu beginnen. Auch in Deutschland. Und zwar jetzt.

Berthold Huber

Gegensteuern in der Krise

Weder Finanzmarktkrise noch Wirtschaftskrise sind überwunden, noch sind die strukturellen Herausforderungen in der Automobilindustrie bewältigt. So ist die Wirtschaftsleistung 2009 um 115 Mrd. geschrumpft, und es wird wohl mehrere Jahre dauern, die Wachstumsverluste wieder auszugleichen. Berthold Huber macht Vorschläge für eine neue Wirtschaftspolitik.

Die Umweltprämie half im vergangenen Jahr vor allem Arbeitsplätze in der Autoindustrie zu sichern. Doch die Prämie wirkt 2010 nicht mehr. Wir hatten 2009 bis zu eine Mio. Menschen in Kurzarbeit, was zwar eine Beschäftigungskatastrophe verhindert hat, doch mit zum Teil empfindlichen Einkommenseinbußen der Betroffenen verbunden war. Auch in diesem Jahr wird Kurzarbeit nötig sein, um massiven Arbeitsplatzabbau zu vermeiden. Ein weiteres Pro-



Berthold Huber

(*1950) ist seit 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall.

Berthold.Huber@igmetall.de

blem: Die Bundesregierung vergeudet die knappen Finanzressourcen für überflüssige